

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

## In Potsdam wird demonstriert!

### Die schwarzweißrote Gegendemonstration verboten! — Eine Falschmeldung des WTB. — beabsichtigter Bluff?

In Potsdam findet heute abend die Demonstration des Reichsbanners gegen das standlose Verhalten des Potsdamer Magistrats in der Flaggenfrage um 8 Uhr auf dem Alten Markt statt. Die von den schwarzweißroten Verbänden eine halbe Stunde früher auf dem gleichen Platz einberufene Gegendemonstration ist vom Potsdamer Polizeipräsidenten verboten worden. Hierüber verbreitete das WTB in den Mittagsstunden folgende Meldung, die in wesentlichen Teilen falsch und irreführend ist:

Potsdam, 1. September.

Die von der Deutschnationalen Volkspartei, der Stahlhelm-Ortsgruppe und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden in Potsdam geplante Gegendemonstration gegen die für Donnerstag abend auf dem Alten Markt angekündigte Reichsbannerversammlung gegen die Haltung des Oberbürgermeisters Rauscher in der Flaggenfrage ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. Im Polizeipräsidium wird jedoch erwogen, auch die Reichsbannerversammlung zu verbieten, da es aller Voraussicht nach zu Störungen kommen werde, weil die Demonstration unter freiem Himmel stattfindet und eine vorherige Kontrolle der Teilnehmer unmöglich ist. Das Potsdamer Polizeipräsidium steht deswegen mit der Regierung in Verbindung und wird nach deren Weisung handeln.

Aus dem preussischen Innenministerium erfahren wir hierzu, daß ein Verbot der Reichsbannerversammlung niemals auch nur in Erwägung gezogen worden ist.

Auch der Potsdamer Polizeipräsident hat von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß die zuerst angekündigte Kundgebung des Reichsbanners zugelassen werden müsse. Er hat auch in diesem Sinne an die Potsdamer Regierung berichtet, die seinen Standpunkt vollkommen geteilt hat. Ebenso haben bereits am heutigen Morgen Verhandlungen zwischen dem Potsdamer Polizeipräsidenten und den dortigen Führern des Reichsbanners stattgefunden mit dem Ziele, eine ordnungsgemäße Durchführung der Reichsbannerkundgebung zu sichern.

Das preussische Innenministerium steht bekanntlich seit jeher auf dem Standpunkt, daß die versammlungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit von der Polizei unbedingt gesichert und geschützt werden müsse. Aus diesem Gesichtspunkt können wohl Gegendemonstrationen verboten werden, wenn sie die Gefahr einer Störung oder Verhinderung der ursprünglich angelegten Demonstration in sich bergen, nicht

aber kann verboten werden die ursprünglich angelegte Demonstration, wenn ihre Veranstaltung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Diesen klaren Standpunkt hat das Innenministerium bei mehreren Gelegenheiten, so z. B. bei der Stahlhelmdemonstration am 8. Mai, durchgeführt und nimmt ihn auch selbstverständlich gegenüber dem Reichsbanner ein.

Der Standpunkt der preussischen Verwaltungsbehörden in dieser Sache ist also völlig korrekt. Um so mehr muß man fragen,

aus welcher Quelle das WTB, seine halbamtlich erscheinende Falschmeldung geschöpft hat.

Offenbar sind hier irgendwelche reaktionären Kräfte am Werke gewesen, die durch die falsche Mitteilung, daß ein Verbot der Reichsbannerversammlung erwogen werde, vom Besuch der Kundgebung abhalten wollten. Eine Untersuchung dieser dunklen Angelegenheit erscheint dringend notwendig.

Wie der Gauvorstand des Reichsbanners uns mitteilt, besteht nach dem Verbot der Gegendemonstration der Rechtsorganisationen für die Berliner Kameraden des Reichsbanners keine besondere Veranlassung, sich an der heutigen Kundgebung des Potsdamer Ortsvereins zu beteiligen.

## München boykottiert die Reichsfarben.

### Was tun die Reichsbehörden?

Am Sonnabend sollen im Münchener Rathaus amerikanische Journalisten feierlich empfangen werden. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, aus diesem Anlaß neben den bayerischen und den Münchener Farben auch die des Deutschen Reiches zu hissen, ist, wie schon berichtet, vom Stadtrat abgelehnt worden.

Die sozialdemokratische und die demokratische Rathausfraktion werden diese Demonstration gegen die Farben des Reiches damit beantworten, daß sie der Festlichkeit fernbleiben werden. Was werden die Vertreter der Reichsbehörden in München, Post, Finanzverwaltung, Bahn, in dieser Lage tun? Was wird die Reichsregierung in Berlin tun, um der gegen die versammlungsmäßig gerichteten Demonstration des Münchener Stadtrats würdig zu begegnen?

## Eine Warschauer Erläuterung.

### Entschuldigung für die neueste Zollverordnung.

Warschau, 1. September. (Eigenbericht.)

Als Antwort auf die deutschen Pressestimmen über die Einführung der Maximalzölle in Polen und wohl auch in Verantwortung der noch vor der letzten Verordnung erfolgten Schritte des deutschen Geschäftsträgers in Warschau läßt die polnische Regierung halb-offiziell mitteilen:

„Die Verordnung über die Einführung der Maximalzölle ist in formeller Beziehung kein Novum, sondern stellt lediglich die Ausführungsbestimmungen zu einer im Jahre 1924 erlassenen Verordnung dar. Sachlich bedeutet die Einführung der Maximalzölle keine Änderung der polnischen Handelspolitik und trifft auch keineswegs irgendeinen Staat besonders, sondern besitzt einen allgemeinen Charakter. Diejenigen Zölle, die in der neuen Verordnung für bisher zollfreie Waren festgesetzt werden, kommen für die deutsche Ausfuhr nach Polen nicht in Frage. Im übrigen ermögliehe der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung Ende Dezember dieses Jahres eine Regelung der Handelsbeziehungen mit Polen für die interessierten Staaten.“

Auch diese Erklärung schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß sich die Zollserhöhlungen Polens tatsächlich, wenn auch nicht formell, in der Hauptsache gegen Deutschland richten und als ein Druckmittel für die Verhandlungen mit Deutschland wirken sollen.

## Die Mandatsverteilung in Memel.

### Die Litauer haben 4, die Sozialdemokraten 3 von 29 Sitzen.

Memel, 1. September.

Gegen 12 Uhr mittags lagen die Ergebnisse aus allen Stimmbezirken vor, mit Ausnahme eines kleinen ländlichen Bezirks, der für die Beurteilung nicht ins Gewicht fällt. Nach der bisherigen Zusammenstellung sind rund 54500 Stimmen abgegeben worden. Die Mandatsverteilung dürfte sich voraussichtlich folgendermaßen gestalten: Volkspartei 10 (11), Sozialdemokraten 3 (5), Kommunisten 2 (0), Großlitauer 4 (2), zusammen 29 Mandate.

## Zollangleichung in Amerika.

### Kanadische Zollbeamte in den Vereinigten Staaten.

Washington, 1. September.

Kanada entsendet eine Anzahl von Zollbeamten in die Zollverwaltung der Vereinigten Staaten. Sie sollen den Apparat der Zollverwaltung Amerikas kennenlernen.

## Das Doppelgesicht Amerikas.

### Imperialismus und Pazifismus in den Vereinigten Staaten.

Der Fall Sacco-Banzetti hat Amerikas doppeltes Gesicht auf dem Gebiete der inneren Politik gezeigt. Auf der einen Seite sah Europa die brutale Willkür einer autoritätslüsternen Richterliste, die zwei unschuldige Anarchisten ihrer Bestimmung wegen kapitalistischen Besitzinteressen zum Opfer bringt; auf der anderen Seite sehen wir eine flammende Massenbewegung sich an dem Geiste der Gerechtigkeit entzündend und einen jahrelangen leidenschaftlichen Kampf gegen den Justizterror führen. Das gleiche doppelte, brutale und humane Antlitz zeigen die Vereinigten Staaten in ihrer auswärtigen Politik. Während in Genf die vom Präsidenten Coolidge einberufene Abrüstungskonferenz von drei Seemächten sich fruchtlos um ihre Aufgaben bemühte, setzte das amerikanische Militär seine „Frieden und Ordnung“ schaffende Tätigkeit in Nicaragua fort und richtete dabei ein furchtbares Blutbad an, indem mehrere Hundert von Nicaraguanern, die für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpften, von amerikanischen Flugzeugen aus erschossen wurden. Es liegt jedoch auch hier nicht einfach so, daß die Vereinigten Staaten lediglich eine brutale Gewaltpolitik durch pharisäische Phrasen zu beschönigen suchten, und nur deswegen um so lauter den Imperialismus verurteilten und den Pazifismus predigten, je imperialistischer und militaristischer sie in ihrer Politik auftraten. Wenn man die amerikanische Außenpolitik schon an eine Formel bringen will, so ist es richtiger, von ihrem Doppelgesicht, vom Zusammenwirken verschiedener und gegenläufiger Tendenzen zu sprechen. Der Pazifismus eines Coolidge ist nicht weniger echt, als die imperialistischen Gelüste, auf deren Konto die zum Himmel schreienden Taten der amerikanischen Soldaten in Nicaragua zu buchen sind.

Die pazifistischen Bestrebungen sind in der Vereinigten Staaten sehr stark. Die pazifistische Propaganda, von mächtigen Organisationen mit großer Energie betrieben, findet Anklang in den breiten Schichten der Bevölkerung, die keine Lust haben, noch einmal in einen Krieg zu ziehen. Im Vergleich dazu, was alles die europäischen Völker, insbesondere wir Deutschen, im Kriege und nach dem Kriege erlitten und verloren haben, scheint es uns, daß die Amerikaner überhaupt keine Verluste hatten, vielmehr haben sie sicherlich ein gutes Geschäft gemacht. Die Amerikaner, d. h. die Massen der amerikanischen Bevölkerung, haben keine Gelegenheit, die Zustände ihres Landes mit den europäischen zu vergleichen, sie sehen nicht die unzähligen Gräber Europas, die zahllosen Krüppel, die erschöpften Organisationen, ruinierten Erfindungen und alle die Wunden am wirtschaftlichen und sozialen Körper der europäischen Völker. Ohne Veranlassung zu haben, sich damit zu trösten, daß es den anderen viel schlimmer ging und geht, betrachten sich diejenigen, die nach dem Kriege unter der furchtbaren Krise gelitten haben, vor allem die Farmer, deren Lage auf die Dauer verschlechtert zu sein scheint, als Opfer des Krieges. Für jene aber, die sich des Wohlstandes erfreuen, bedeutet der zukünftige Krieg eine Bedrohung ihrer Ruhe und des Gleichgewichts ihres Daseins. Nach dem Kriege sehnten sie sich, erschreckt durch die allgemeine Erschütterung, durch das drohende Gespenst sozialer Kämpfe, nach dem „Normalzustand“, jetzt wünschen sie diesen wiedergewonnenen „Normalzustand“ zu bewahren. Dazu kommt, daß die amerikanische Bevölkerung sich steuerlich überlastet fühlt. Wir hören von den riesengroßen Ueberschüssen des amerikanischen Budgets. Die Amerikaner vergleichen das, was sie jetzt zahlen müssen, mit dem, was sie früher zahlten. Im letzten Finanzjahr hat die Bundesregierung rund 17,3 Milliarden Mark an Einnahmen bezogen und 14,7 Milliarden ausgegeben; im Jahre 1913—1914 waren Einnahmen und Ausgaben ungefähr gleich hoch aber nur rund 3 Milliarden Mark. Sparjamkeit in den Staatsfinanzen zwecks Herabsetzung der Steuern, das in die populärste Forderung, und die pazifistische Politik wird mit der Sparjamkeit identifiziert: Pazifismus und Sparjamkeit, so lautet das offizielle Programm von Coolidge.

Demgegenüber machen sich aber auch andere Strömungen geltend. Von größter Bedeutung für die Orientierung der amerikanischen Außenpolitik ist die Tatsache, daß Amerika jetzt zum größten Kapitalausfuhrland der Welt geworden ist. Ueber 50 Milliarden Mark sind bereits im Auslande investiert (Kriegsschulden nicht eingerechnet), weit über 3 Milliarden bezieht Amerika jährlich an Zinsen. Davon profitieren nicht nur die Großkapitalisten, sondern auch viele Hunderttausende, die in diesen Anleihen ihre Ersparnisse angelegt haben. So wurde die japanische Anleihe (150 Mill. Dollar) im Februar 1924 von 38 412 Personen gezeichnet, die deutsche Reparationsanleihe von 34 440. Diese Leute brauchen das Gefühl, daß ihr Geld gesichert ist. An sie wendet sich die militaristische Propaganda mit dem Argument, daß Amerika zur größten militärischen und vor allem größten Seemacht der Welt werden muß, um die Investitionen seiner Bürger zu schützen. In diesem Milieu findet auch die Propaganda Anklang, daß Amerika neue Investierungsmöglichkeiten gewinnen und für sich sichern soll. So findet das amerikanische Kapital auch in den breiteren Schichten Unterstützung für seine imperialistischen Bestrebungen. Eindeutig ist aber die Wirkung dieser Faktoren nicht. Es ist vielmehr so, daß die gleichen Motive, in dem einen Gebiet die brutale Gewaltpolitik und im anderen die pazifistischen Tendenzen fördern.

## Polen — Sowjetunion.

### Friedenspakt und Handelsvertrag.

Moskau, 1. September.

Der polnische Gesandte in Moskau hat am 26. August eine längere Aussprache mit Tschischerin über den Friedenspakt zwischen Moskau und Warschau gehabt. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Zwistigkeiten, die nach der Ermordung des russischen Gesandten Woffow in Warschau zwischen den beiden Staaten auszubrechen schienen, auf eine für beide Teile befriedigende Weise beigelegt seien. Infolgedessen sehe das Moskauer Kommissariat des Auswärtigen die Angelegenheit als erledigt an.

Die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Polen und Sowjetrußland ebenso wie diejenigen über einen Friedenspakt würden in nächster Zeit wieder aufgenommen.

## Kämpfe um Danzig.

### Beginn der Genfer Ratstagung.

V. Sch. Genf, 1. September. (Eigenbericht.)

Die Tagung des Rates begann heute vormittag unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters Billegas mit einer vertraulichen Sitzung, die sich anderthalb Stunden lang hinzog. Neben den laufenden Geschäften wurde nämlich auch über gewisse Danziger Fragen verhandelt, wobei Senatspräsident Sahn und der polnische Regierungskommissar Strasburger sofort zugezogen wurden. Eine Frage betraf das den polnischen Kriegsschiffen seinerzeit provisorisch zuerkannte Recht, bis zum Bau eines neuen polnischen Hafens den Danziger Hafen aufzusuchen und dort zu überwintern. Nachdem nun der Hafen von Gdingen genügend ausgebaut ist, beantragt Danzig die Aufhebung dieses provisorischen Rechtes. Polen versuchte, diesen Danziger Antrag mit juristischen Argumenten von der Tagesordnung abzulehnen, drang aber damit nicht durch. Die Debatte wurde rein juristisch geführt und der Kern der Sache bisher nicht berührt. Ebenso rein juristisch war die Debatte über den nachträglich von Danzig eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 14. März 1924 in Sachen der Westerplatte. Auch hier stützt sich Danzig auf die neue Tatsache, daß der jetzige Hafen von Gdingen genügend ausgebaut sei, um polnische Munitionsschiffe zu löschen. Es entstand eine längere Debatte über die Frage, ob und inwieweit der Rat seine früheren Entscheidungen aufheben könne. Es wurde beschlossen, zunächst ein Komitee von Juristen einzusetzen, um darüber ein Gutachten abzugeben. Von dessen Entscheidung wird es dann abhängen, ob der Danziger Antrag mit auf die Tagesordnung gesetzt wird. In dieses Juristenkomitee kann jeder im Völkerbundsrat vertretene Staat einen Delegierten entsenden.

Die Politik der Vereinigten Staaten in Mittelamerika ist nichts anderes als schlecht verhüllter Annexionismus. Hier kommt es ihr nur darauf an, alle Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken, um sich die Verfügung über die Natur- und die uneingeschränkte Ausbeutung der einheimischen Arbeitskräfte zu sichern. Man versucht, diese Politik der Öffentlichkeit dadurch schmählich zu machen, daß man von der Abwehr gegen den Kommunismus spricht, der angeblich von Mittelamerika aus den gesamten Kontinent zu unterwühlen droht. Es gelingt aber nur mit großer Mühe und nicht in vollem Umfang, diese Politik gegen die oben geschilderten pazifistischen Strömungen durchzusetzen. Wenn die Intervention in Nicaragua trotz aller Proteste bis zum „siegreichen Ende“ durchgeführt wird, so hat sich der Krieg gegen Mexiko bis jetzt aus innerpolitischen Gründen als unmöglich erwiesen. Denn es gibt auch kapitalistische Kreise, die großen Wert auf friedliche Beziehungen zu Mexiko legen: das sind die Industriellen, deren Waren nach Mexiko ausgeführt werden, und die Kaufleute, die diesen Handel vermitteln. Noch lebhafter fordern diese Kreise eine friedliche und konziliante Politik gegenüber den südamerikanischen Ländern. Man fürchtet, daß diese Länder sich zur Abwehr gegen den nordamerikanischen Imperialismus zusammenschließen und sich in wirtschaftlicher Beziehung immer mehr nach Europa orientieren werden.

Europa gegenüber ist die Haltung des amerikanischen Kapitals vorläufig durch und durch pazifistisch. Die Schuldner sollen in Frieden leben, damit der Gläubiger sich in seinem Gelde sicher fühlen kann. Amerika hat den Weltkrieg finanziert und hat als Folge dieses Geschäftes mit dem ziemlich unerquidlichen „Kriegsschuldenproblem“ zu tun. Jetzt zieht es vor, die Stabilisierung und den Wiederaufbau Europas zu finanzieren: es rentiert sich besser und die Sicherheit ist größer. Die Wiederbelebung der europäischen Ausfuhr muß man dabei schon in Kauf nehmen. Was die Warenausfuhr anbetrifft, so wird die europäische Konkurrenz vorläufig dadurch aufgewogen, daß die amerikanische Kapitalausfuhr auch die Warenausfuhr nach Europa fördert. Für seine Kapitalausfuhr hat Amerika vorläufig keine Konkurrenz zu fürchten. Wenn etwas dem amerikanischen Kapital einige Sorge bereitet, so die Tatsache, daß die europäischen Verhältnisse immer noch nicht stabil genug sind, daß hier und da sogar Kriegsgefahr nicht ausgeschlossen erscheint. Die Tendenzen zu einer aktiven pazifistischen Politik den europäischen Ländern gegenüber sind in Amerika unentfernbar.

Wieder anders liegen die Dinge im Fernen Osten. Hier gilt es für Amerika, China zum Objekt seiner friedlichen Durchdringung zu machen. Amerika fordert die „offene Tür“, d. h. gleiche Chancen für alle Mächte, was angesichts seiner wirtschaftlichen Uebermacht heute die Vormachtstellung Amerikas bedeuten würde. Die anderen Interessenten, d. h. England und Japan, haben jedoch einen großen strategischen und politischen Vorprung in China. Sie besitzen die Machtpositionen, die den Vereinigten Staaten fehlen. Den Vereinigten Staaten gelang es bis jetzt nicht, ihre Politik, die auf politische Unabhängigkeit und Vereinigung Chinas hinzielt — wodurch sie den gewaltigen Markt am besten für ihr Kapital zu erschließen hoffen — durchzusetzen. Ihnen fehlt die Beweglichkeit, über die Japan dank seiner geographischen Nachbarschaft und England dank seiner riesigen Flotte und seiner Flottenstützpunkte verfügen. Das ist der Grund, weshalb Amerika jetzt für sich Gleichstellung mit England als Sremacht fordert. Es will die Möglichkeit, überall im Fernen Osten, dabei zu sein, wo England und Japan sind. Wenn Amerika die geeigneten Machtmittel zur Durchsetzung einer aktiven imperialistischen Politik im Fernen Osten erwirbt, so liegt es im Bereich der Möglichkeit, daß es die liberalen Grundsätze seiner chinesischen Politik einmal aufgibt. Ob es dazu kommt, wird davon abhängen, wie die „friedliche Durchdringung“ des amerikanischen Kapitals in China sich in Zukunft gestalten wird. Aber auch davon, wie das Kräftever-

hältnis zwischen Imperialismus und pazifistischer Demokratie sich in Amerika selbst entwickelt.

So ergibt sich aus unserer Uebersicht der amerikanischen Außenpolitik, welche Bedeutung für das Schicksal der ganzen Welt die in n e n politische Entwicklung Amerikas hat. Der Kampf gegen den Krieg kann erfolgreich nur im Bündnis mit den pazifistischen Kräften in Amerika geführt werden. Für die europäische Arbeiterchaft bedeutet das: Bündnis und Freundschaft mit der amerikanischen Arbeiterchaft.

## Zeugniszwang auf Umwegen.

Das Reichsgericht sabotiert die Gesetzgebung.

Der reaktionäre Geist unserer Rechtsprechung zeigt sich am deutlichsten in der Auslegung neuer Gesetzesbestimmungen. Auf die Gesetzgebung wirklich einmal einen Schritt vorwärts, so sehen wir die Rechtsprechung emsig bemüht, durch möglichst einengende Auslegung gegen den Geist des Gesetzes die neue Vorschrift unwirksam zu machen.

Vor kurzem ist durch eine Novelle zum § 53 der Strafprozessordnung der Zeugniszwang für Redakteure durch die Bestimmung wesentlich abgeschafft worden, daß Redakteure, Verleger, Drucker usw. berechtigt sind zur Verweigerung des Zeugnisses über die Person des Verfassers oder Einsenders einer Veröffentlichung strafbaren Inhalts, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestraft ist oder seiner Bestrafung kein rechtliches Hindernis entgegensteht.

Dieser gesetzgeberische Fortschritt wird von der jüngsten Juristenwelt offenbar mit Mißbehagen aufgenommen. In einem Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ wegen Hochverrats stellte der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Landgerichtsrat Behringer, an andere, als Zeugen vernommene Mitredakteure der „Roten Fahne“ verschiedene Fragen derart, wie die Ressortverteilung innerhalb der Redaktion, wie die Beobachtung bei Aufnahme und Prüfung von Kritiken sei, welches Spezialressort der angeklagte verantwortliche Redakteur bearbeite usw. Die Zeugen sahen darin — unseres Erachtens mit Recht — den Versuch, auf Umwegen den Verfasser oder Sachbearbeiter des inkriminierten Artikels zu ermitteln und lehnten unter Berufung auf § 53 Nr. 4 StPO, die Beantwortung dieser Fragen ab. Herr Behringer ließ jedoch diese Berufung nicht gelten und verhängte gegen die Zeugen Ordnungsstrafen von je 100 M. wegen unberechtigter Zeugnisverweigerung.

Das im Beschwerdeweg angegangene Reichsgericht deckt in seiner Entscheidung diesen gegen den Sinn des Gesetzes verstößenden Standpunkt seines Untersuchungsrichters! Es klammert sich daran, daß der Untersuchungsrichter direkte Fragen über die Person des Verfassers oder Einsenders nicht gestellt habe. Die von ihm gestellten Fragen suchen nach Ansicht des Reichsgerichts auch nicht in unzulässiger Weise auf Umwegen dies Ziel zu erreichen. Sie werden vielmehr damit begründet, daß es sich darum gehandelt habe, festzustellen,

ob der Angeklagte, der die preßgesetzliche Haftung zwar übernommen hat, an dessen Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur im Laufe der Untersuchung aber erhebliche Zweifel entstanden sind, in Wirklichkeit der verantwortliche Redakteur im Sinne des Preßgesetzes war oder ob er nur zum Schein nach außen als solcher vorgeschoben ist. Unter diesen Umständen — fährt die Begründung fort — waren die von dem Untersuchungsrichter gestellten Fragen nicht zu beanstanden, da sie geeignet waren und bezweckt haben, den wahren, verantwortlichen Redakteur festzustellen. Ueber diese Frage durfte der Zeuge die Antwort nicht verweigern.

Der angeklagte Redakteur selbst bestreitet seine Verantwortung nicht, aber — o Wunder der Objektivität! — dem Untersuchungsrichter fällt es plötzlich ein, die Verantwortung zu bezweifeln und nach einem anderen Verant-

wortlichen auszusprechen. Da leugne noch einer, daß nicht auch einem kommunistischen Angeklagten gegenüber die Unteruchung ebenso mit dem Ziele der Entlastung wie der Belastung geführt werde!

Freilich hat diese Musterleistung der Objektivität den unangenehmen Beigeschmack, daß sie in jedem beliebigen Fall die Handhabe bietet, das durch die Strafprozessnovelle geschützte Preßgeheimnis nunmehr doch gerichtlich bloßzulegen. Der Sinn des Gesetzes wird in sein Gegenteil verkehrt. Außerst bedenklich ist ferner auch die Auslegung, die das Reichsgericht der Gesetzesbestimmung zuteil werden läßt, wonach das Zeugnisverweigerungsrecht des Redakteurs nur dann besteht, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestraft ist oder seiner Bestrafung kein rechtliches Hindernis entgegensteht. Hierzu bemerkt nämlich die Entscheidung:

Ein Zeugniszwang besteht aber auch nach der neuen Bestimmung fort, wenn . . . aus rein rechtlichen Gründen, z. B. der Verjährung, Amnestie, Immunität weder der verantwortliche Redakteur noch die übrigen an der Redaktion der Veröffentlichung als Täter beteiligten Personen strafrechtlich verfolgbar sind.

Wir können uns schlecht einen Fall der Verjährung oder Amnestie vorstellen, der nicht genau wie zugunsten des verantwortlichen Redakteurs auch zugunsten des Verfassers oder Einsenders des betreffenden Artikels gilt. Warum in diesen beiden Fällen gleichwohl noch ein Zeugniszwang am Platze sein soll, erscheint gänzlich unerfindlich. Ueber die Auslegung, die das Reichsgericht der neuen Gesetzesbestimmung zuteil werden läßt, gehört das alte wilhelminische Motto: „Die ganze Richtung paßt mir nicht!“

## Das Parlament wird zum Tribunal.

Die griechische Kammer verhandelt über Pangalos.

Athen, 1. September.

Das Parlament nahm die Vorlage über das Verfahren gegen Pangalos an. Der Ex-Diktator wird nicht vor Gericht gestellt, sondern von der Kammer verurteilt. Ein fünfköpfiger Ausschuss, in dem alle Parteien vertreten sind, wird die Anklage vertreten. Ein anderer dreiköpfiger Parlamentsausschuss wird das Urteil fällen, das dann der Kammer zur endgültigen Entscheidung vorgelegt wird.

Nach Annahme dieser Vorlage vertagte sich die Kammer bis Mitte Oktober.

## Ein neuer Kolonialkrieg?

Die Senussis ziehen sich zusammen. — Schmuggel von Munition und Geschützen.

Kairo, 1. September.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus der Oase Siwas in der Cyrenaika, dem östlichen Teil der italienischen Kolonie Tripolis, ziehen die Senussis ihre waffenfähigen Anhänger aus allen Teilen Nord- und Innerafrikas zusammen. Die Versorgung der Aufständischen mit Kriegsmaterial und Munition erfolgt auf dem Wege des Schmuggels durch ein sorgsam vorbereitetes und bereits seit langem funktionierendes Skappensystem von Karawanen, die nicht nur Gewehre, sondern auch Maschinengewehre und Geschütze auf teilweise wochenlangen Umwegen von verschiedenen Teilen der afrikanischen Küste heranschaffen.

## Keiner will sie haben.

Russische Emigranten zwischen Polen und Danzig hin- und hergeschoben.

Warschau, 1. September.

Die von der polnischen Regierung aus Polen ausgewiesenen russischen Emigranten Romolzew und Wolchowski wurden nach Danzig transportiert. Auf dem Bahnhof in Danzig wurden sie von den Danziger Behörden verhaftet und nach Dirschau auf polnisches Territorium zurückgebracht.

## Molières „George Dandin“.

Theater am Schiffbauerdamm.

Der Bauer George Dandin wird verprügelt und muß wie ein armer Sünder am Boden herumrutschen, obwohl seine Frau Gemahlin ihn unbestreitbar zum Hahnrei machte. Foule Feinde und Schläge dazu, sagt das Volk. Patetisch sagt der alte Sophocles: das Leid des anderen eine Wonne für die Feinde. Diese Weltordnung, die die Moral ein wenig auf den Kopf stellt, wird auch von Molière gezeigt. Darum kommen einige Leute auf den Gedanken, daß Molière die verfluchte Niedertracht der Menschen entlarven und also lehren wollte, von Zeit zu Zeit ist die Revolution gegen das adlige Bad sehr notwendig und nützlich. Solche Auslegung des Molièreschen Textes ist aber etwas willkürlich. Ludwigs des Bierzehnten äußerlich sehr lustiger, doch innerlich sehr unglücklicher Komödienschreiber und Komödienspieler Molière wollte nicht das allgemeine Leid des Bauern, dem die noblen Schufte sein Weib wegführen, grübeln; er wollte vielmehr sich selbst im geheimen erleichtern und für Mittel und Nachwelt aufzeichnen, welche Sorgen ihn in seinem eigenen Haus- und Ehestand drückten. Die etwas windige Behauptung, daß George Dandin, der verprügelte Hahnrei, ein sozialer Ankläger für den ganzen Bauernstand wäre, läßt sich kaum aufrechterhalten. Darum ist die ganze Komödie auch mehr ein Amüsierstück als ein belehrendes Sinnspiel.

Studierende der romanischen Seminare an den deutschen Universitäten werden gewiß durch die literaturhistorische Feststellung erquid, daß George Dandin ein sehr gut gezeichneter Dramencharakter ist. Parlett und Ränge der Volksbühne können diese psychologische und ästhetische Freude nicht vollkommen genießen. Sie fühlen sich etwas benachteiligt durch die Aufführung des „Theaters am Schiffbauerdamm“, die von dem russischen Regisseur Iija Motjiew sehr spitzfindig ausgetüfeln wurde. Das Ganze wie eine Harlekinade zu stilisieren und mitten in dem ausgeblasenen adligen Ötterngezücht den armen George Dandin als ein bedauernswertes Opfer aller Hinterlist erscheinen zu lassen, das war eine glückliche Regieidee. Und zwischen die einzelnen Akte der Schändung Dandins die lässliche Pantomime einzuschalten, die alle verlorenen Freuden des geprellten Mannes verherlicht, das ist auch ein guter Einfall. Aber nur ein Einfall. Nichts als eine artistische Spielerei rollt und tollt über die Bühne. Die Szenerie und das Geklapper der Theaterrequisiten und lebendigen Marionetten sind dem Regisseur wichtiger als die Rücksicht auf das Verlangen des Zuschauers und Hörers nach einer tüchtigen Durchdringung seiner Gedanken und sozialen Instinkte. Es kommt zu uns ein tendenziöser Artist aus jenem Rußland, das alle Kunst in sehr klare und massive Tendenz verwandelt.

Da immer noch Sommer ist, darf man vorläufig noch diese kleine Zwischenpielerei genießen. Ernst Bronau, der den Hahnrei und Prügelknaben ganz possiv und gar nicht pathetisch darstellte, vermied

absichtlich jeden rebellischen Ton. Er war ein sehr geduldiger Unglücksrabe. Hätte man einen Schauspieler ausgewählt, dessen Stimme weniger klagend und mehr anklagend läut, so würde man Parlett und Ränge zur Wut auf die adligen Großschmuggen angestachelt und dadurch etwas Feuer in die Stimmung gebracht haben. Der Stoff verdient solche Auffrischung und Bewähigung. So sahen wir nur den Kampf der Gewißheit gegen die Blödsinnigkeit und nicht den Sieg der Gemeinheit über die Bradheit. Es blieb die Frage ungelöst: Warum das alles? Beinahe ungehört blieb die Wut der Theaterzuschauer, die sich gründlich darüber erbofen wollen, daß die Hahnenrei es auf Erden besser haben als die anständigen Kerle. Dieses stolze und gestelzte Halantentum wurde von Raoul Vange und Lisette Deuere und Ernst Karachow und Mariza Belko wohlgeleant und überlegen benützt. Das adlige Gesindel war prächtig anzusehen in seiner bunten, schimmernden Tracht, und es schnarrte und schwänzelte auch so vollkommen, daß man beinahe an der vernünftigen Weltordnung verzweifelte. Besonders munter sägte sich Helene Weigel in diese Karrelei. Eine Künstlerin, der man bisher meist Trauerepisoden anvertraute, entpuppte sich als behende Komikerin. Rag Hochdorf.

Jean Grand Cartier. Wie aus Paris gemeldet wird, ist der Schriftsteller Jean Grand Cartier gestorben. Er ist in der ganzen Welt bekannt geworden durch die Karikaturenansammlungen, die er über bestimmte Personen und Ereignisse zusammenzustellen pflegte. In Deutschland hat er besonderes Aufsehen gemacht durch die Karikaturenansammlung, die er Wilhelm II. unter dem Titel „Voi“ (Er) widmete. Der große Reklameheld benutzte die Gelegenheit, um mit einer großen Geste den Franzosen zu begnadigen und sich als Förderer der Karikatur aufzuspielen. Grand Cartier war wohl der beste Kenner der europäischen Karikatur. Seine Zusammenstellungen sind vorbildlich in der Auswahl und Remerkhaft. Erwähnt seien noch „die französisch-russische Allianz“ und „Eduard VII. in der Karikatur“ und die jährlich erscheinenden Karikatur-Almanache. Während der Kriegszeit enthielt sich der an objektive Betrachtung Gewöhnte jeder Teilnahme an der Hege gegen Deutschland. Sein letztes Unternehmen waren die Vorbereitungen zu einem Buch über den „Völkerbund in der Karikatur“.

Hausbades Vergnügen. Richard Bortier, der neue Herr des „Neuen Theaters am Zoo“, will an seiner Bühne das moderne Schau- und Lustspiel pflegen, und zwar mit einem Ensemble, in dem er auf die Prominenten bewußt verzichtet. Zur Eröffnungsvorstellung hat er sich drei Einakter von Ludwig Thoma „Gelähmte Schwinger“, „Dichters Ehrentag“, „Die kleinen Verwandten“ ausgewöhlt. Schade. Man merkt der Vorstellung die sorgfältige Arbeit eines gewissenhaften Regisseurs an. Und doch ist ein lustiger Thoma-Abend für das heutige Berlin kein glücklicher Griff. Thoma, wie Thoma die Schwächen des Kleinbürgerlichen Spielers beobachtet und wie er den lächerlich kleinen Gesichtskreis der Regiermeister und Regierungsräte zeichnet, prächtig, was für ein sonniger Humor aus den Szenen sprudelt. Aber wir sind zu unruhig und zu anspruchsvoll geworden. Thoma breites,

behäbiges Lachen überschreit der Rärm der hastenden Jugend. Der Sinn für hausbades Vergnügen stirbt ab. Für die Räte des Kleinbürgers haben wir im Theater nichts mehr übrig. Wenn wir leben, in was für Langten sich Regierungsrats wunden, die sich vor dem zukünftigen Schmegethau aufspielen möchten und von den berechneten Verwandten blamiert werden, dann lachen wir. Aber es löst uns gleichgültig. Wir sind raffiniertere Rost gewöhnt. Im Familienkreis, zum Polterabend, als Liebhabervorstellung werden die böserischen Schmutzen noch lange ihre Wirkung ausüben. Im Theater verlangen wir mehr. — Aus dem Ensemble ragen Oskar Edelbacher, Philipp Lothar Mayring, André Kemelmann und Erich Wilde heraus. Dgr.

Zunehmende Verwilderung der russischen Jugend. Der jenseits erscheinende letzte Bericht der sogenannten „M. I. R.“, des Bureau der städtischen Geheimpolizei in Moskau, stellt fest, daß die Verwilderung der russischen Jugend in einem erschreckenden Maße weiter zunimmt. Diebstahl, Raub, sogar Mord wird verübt durch organisierte Banden von Kindern, deren Alter zwischen acht und vierzehn Jahren schwankt und die geradezu eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Bei einer Polizeistreife in Moskau wurden kürzlich 177 abhänger Kinder aufgegriffen, von denen manche ein behagliches Elternheim verlassen hatten, um sich bei Tag und bei Nacht herumzutreiben. Neu hinzukommende „Rekruten“, so heißt es in dem Bericht, müssen zunächst ihre Kleidungsstücke abgeben und erhalten dafür die denkbar schlechtesten. Dann erhalten sie einen regelrechten, strengen Unterricht im Taschendiebstahl und in der Ausraubung von Lebensmittelbuden. In diesem Fall wurden die aufgeführten 177 Kinder, an denen wohl kaum noch viel zu ändern ist, über verschiedene staatliche Besserungsanstalten verteilt, aber nach einer Woche war es ihnen allen gelungen, daraus zu entweichen!

## Hessen.

Marinekreuzer „Hessen“ lag

Vor Arendsee. — Am gleichen Tag,

was schwarzrotgolden war, verschwand  
An Flaggen von dem Badestrand.

Sagt mir, wie wurde das vollbracht?  
Hleht doch die „Hessen“ treulich Wacht.

Wie kams, daß keiner nicht gesehn,  
Wo diese Freveltat geschah? —

Wein lieber Freund, die Hessen sind  
— ein altes Sprichwort sagt es — blind.

Rich. von Lindenbuden.

Die Premiere von Tollers „Hoppla, wir leben!“ in der Kaiser-Bühne im Theater am Kolonnenplatz ist auf Sonnabend, den 3. September, verschoben worden. Die für Donnerstag geladen Karten behalten ihre Gültigkeit. Die für Freitag, den 2. September, und Sonnabend, den 3. September, gelassen Karten werden gegen andere Tage umgetauscht oder an der Kasse zurückgenommen.

# Ein Großeinbruch aufgeklärt.

## Der Führer der Bande noch in Berlin gesucht.

Ein großer, in allen Einzelheiten wohl vorbereiteter Einbruch wurde kürzlich in einer Hutfabrik in der Sendelstraße verübt. Den Dieben fielen für ungefähr 30 000 Mark Seide, Kunstseide und Satin in die Hände. Der Verdacht der Täter- und Führerschaft lenkte sich auf einen 42 Jahre alten Fritz Borries, der von früher her den Strafbehörden gut bekannt ist.

Zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, entwich Borries Ende Juli aus Naugard und wurde seitdem eifrig gesucht. Die Ermittlungen am Latorie ergaben, daß die Einbrecher vier Alarmvorrichtungen außer Betrieb setzten, auch durchschnitten sie die Fernsprechkleitung. Hausbewohner hörten am Dienstagabend gegen 18 1/2 Uhr in der Hutfabrik wiederholt eine Klingel anschlagen; da das Geräusch aber wieder aufhörte, so nahmen sie an, daß die Angestellten bereits nach Hause gegangen seien und ein telephonischer Anruf unbeantwortet geblieben sei. Ohne Zweifel sind zu dieser Zeit die Verbrecher schon an Ort und Stelle gewesen. Hierauf mußten sie sich entfernt haben, um den Erfolg ihrer Maßnahmen abzuwarten. Als alles ruhig blieb, kehrten sie bei Einbruch der Nacht zurück und hielten nun unter den reichen Borräten Auswahl. Zeugen haben gesehen, daß morgens um 7 1/4 Uhr ein Blattenwagen vor dem Hause hielt und daß mehrere Männer, die wie Hausdiener gekleidet waren, emsig große Ballen aufluden. Aus ihren Aeußerungen schien hervorzugehen, daß sie Beauftragte der Firma waren. Alle von früher bekannten Schlupfwinkel des Borries im Zentrum der Stadt wurden nun beobachtet. So stiegen die Beamten in einem alten Hause in der Neuen Königstraße auf eine kleine Wohnung, die niemandem zu gehören schien, gemäß einer Seltenheit bei der heutigen Wohnungsnot. Die Beamten drangen ein. Die Tür des einen Zimmers war wie der Eingang zu einem Tresorraum mit schwereniegeln und dicken Eisenplatten gesichert. Erst nach 1 1/2 stündiger Arbeit gelang es, sie zu öffnen. Noch in der alten Verpackung und mit den Aufhängern der bestohlenen Firma lag dort der größte Teil der Beute aus der Sendelstraße. Die Verbrecher hatten aber schon Vorsorge für den Weiterverkauf getroffen. Eine neue Signiermaschine, große Mengen Packpapier und Bindfäden waren bereitgestellt, um die Zeichen und Verpackungen zu ändern und ein Wiedererkennen unmöglich zu machen. Die ganze Beute wurde beschlagnahmt und sichergestellt. Von den Einbrechern läßt sich jedoch keiner sehen. Borries, auf den weiter eifrig gefahndet wird, ist ein schlanker, 1,69 Meter großer Mann, der mittelblondes Haar und ein fränkisches schmales Gesicht hat. Wer über seinen Aufenthalt und über das Verbleiben des Restes der Beute etwas mitteilen kann, wird erlucht, sich bei Kriminalkommissar Braschwig, Dienststelle B. 5 im Zimmer 63 des Polizeipräsidiums zu melden.

# Kleingekündigte und Entschädigungsgesetz.

Von der großen und tiefgehenden Erbitterung, die der Regierungsentwurf zu einem Schlußgesetz für Liquidations- und Gewaltschäden gerade bei den sogenannten Mittel- und Kleingekündigten ausgeht, zeugt eine Versammlung, die von der Interessensvertretung „Selbsthilfe“ der geschädigten Auslands-, Kolonial- und Grenzlandsdeutschen für ihre Mitglieder in der Aula des königstädtischen Gymnasiums veranstaltet wurde. Die genannte Organisation steht außerhalb der Arbeitsgemeinschaft für den Ertrag von Kriegs- und Verdrängungsschäden, aber in einer gewissen Beziehung zum Ringverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten. Die Interessensvertretung „Selbsthilfe“ lehnt den Regierungsentwurf, der jetzt dem Reichsrat zugegangen ist, vollkommen ab und besteht auf der Forderung einer Vollenständigen Entschädigung für die Kleingekündigten. Der Regierungsentwurf mit seinen großen Härten und Ungerechtigkeiten, die er gerade den kleinen Leuten gegenüber aufbringt, ist im „Vorwärts“ wiederholt besprochen und als untragbar bezeichnet worden. Bemerkenswert war, daß man sich auf der gestrigen Versammlung in besonderer Weise die zweideutige Haltung der Rechtspreß wandte und ein vernichtendes Urteil über den „Bund der Auslandsdeutschen“, einer vom Staat subventionierten Organisation, fällte. Die Vertreter der letzteren hatten sich nicht gezeigt, die Interessensvertretung „Selbsthilfe“ bei den Regierungsgestellten als — kommunistisch zu denunzieren. Die von dem Regierungsentwurf so stiefmütterlich behandelten sehen nun ihre Hoffnung auf die Abgeordneten des Reichstags. An wen sie sich dabei zu wenden haben, lehrt die Tatsache, daß es vor allem die von der sozialdemokratischen Fraktion geübte Kritik war, die den Sturm der Entrüstung gegen den Regierungsentwurf entfacht hat.

Besondere Empörung löste es aus, daß das zufällige Ergebnis der stützenden Nachuntersuchung in dem Regierungsentwurf zur Rechtsgrundlage gemacht worden ist und daß dieser Entwurf an den Geschädigten überhaupt vorübergegangen ist, die aus irgendeinem Grunde den Termin zur Anmeldung veräumt haben. Ebenso fehlt die Einrichtung von Spruch- und Schiedsgerichtsinstanzen sowie eine klare Definition der sogenannten „Verdrängungs-“ und „Deutschtumsbegriffe“, die schon ungeheuerliche Auslegungen erfahren haben. Des weiteren kennt der Regierungsentwurf keine Abgeltung für die polnischen Liquidationsschäden, bezüglich derer man sich mit der Auszahlung unzureichender Beihilfen begnügt hat. Ferner fehlt eine Regelung für den Ertrag von Erbschaften. Hier machte man auch der Arbeitsgemeinschaft den Vorwurf, daß die wichtige Forderung von ihr nicht aufgenommen worden ist. Wenig schmeichelhaft waren die Urteile, die man über die Arbeitsgemeinschaft, dem famosen „Bund der Auslandsdeutschen“ und über die Regierung fällte. Mit Ironie erinnerte man an das Hindenburg-Wort: „Gerechtigkeit ist die Seele des Staates!“ Man will nun die Gerechtigkeit erkämpfen und darum zu Mitteln greifen, die geeignet sind, das Interesse der großen Öffentlichkeit an dem Regierungsentwurf wahrzunehmen, um ihn mit vermehrter Macht zu Fall bringen zu können. In der nächsten Zeit sollen darum im Reich und in Berlin große Demonstrationen stattfinden. Man möchte der Interessensvertretung „Selbsthilfe“ raten, sich der Arbeitsgemeinschaft, die eine unerkennbare Macht darstellt, anzuschließen. Denn dadurch würde die dort stehende Opposition, deren Ablicht es ist, alle hemmenden und labotierenden Kräfte zu entfernen, eine wesentliche Stärkung erfahren.

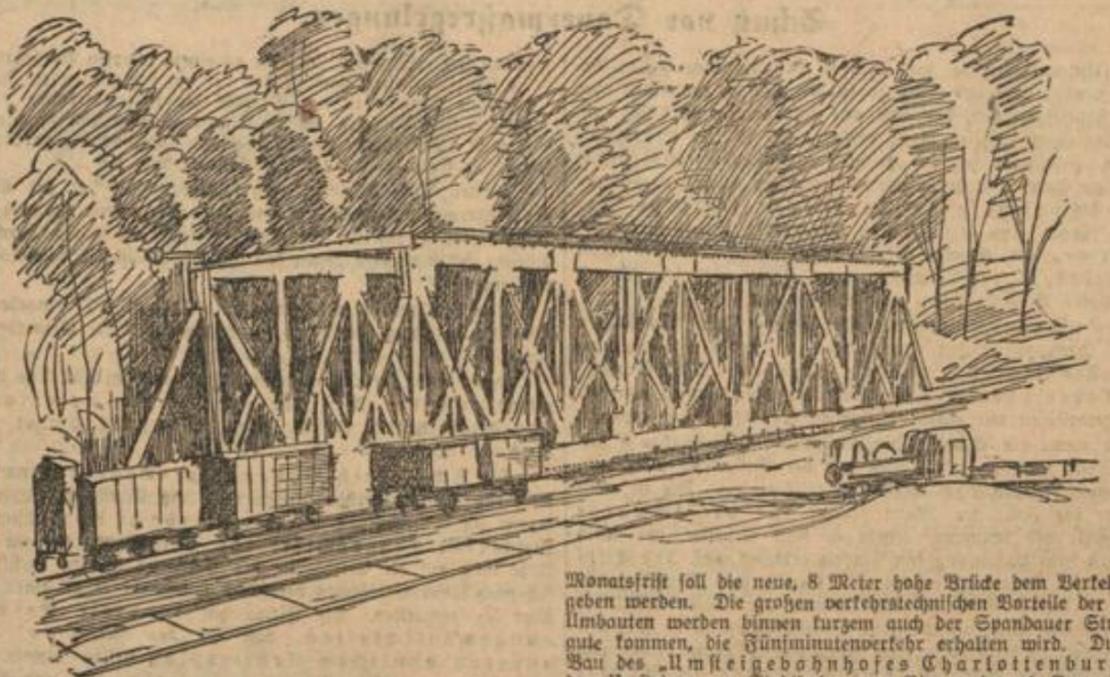
# Sonntagsausflug nach Helgoland.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß bei genügender Beteiligung am Sonnabend, dem 10./11. September, ein Sonderzug 4. Klasse mit ermäßigten Fahrpreisen nach Hamburg verkehren wird. Von Hamburg aus kann am Sonntag ein Ausflug nach Helgoland mit dem Dampfer „Cobra“ unternommen werden. Auch hierfür werden bereits beim Lösen der Fahrkarte ermäßigte Karten ausgegeben. Der Zug fährt in folgendem Fahrplan: ab Berlin Behrler Bahnhof Sonnabend 13.02, an Hamburg 18.21 Uhr. In Hamburg ist für Uebernachtung zum Preise von 5,50 und 4,60 Mark gesorgt. Dafür werden mit den Fahrkarten Zulagekarten ausgegeben. Der Dampfer „Cobra“ führt ab Hamburg St.-Pauli-Landungsbrücken am Sonntag 6.45 Uhr; er ist um 13.20 Uhr in Helgoland, wo 3 1/2 Stunden bis zur Rückfahrt (ab 17 Uhr) zur Verfügung stehen. Abends ist der Dampfer um 23 Uhr wieder in Hamburg. Der Sonderzug fährt zurück ab Hamburg 0.30 Uhr und ist Montag früh 6.30 Uhr wieder in Berlin.

# Ueberfallen oder verunglückt?

Ein eigenartiger Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch der Klärung bedarf, ereignete sich gestern Abend um 20,07 Uhr auf dem Bahnhof Wilmersdorf. Auf dem Trittbrett des einziehenden Stadtbahnzuges lag ein Mann, der mit den Beinen zwischen Bahnsteig und Trittbrett eingeklemmt wurde. Bahnbeamte befreiten den Verunglückten, der schwere Verletzungen an

# Brücke 17 an der Avus.



Der ausgedehnte Umbau der Bahnanlagen bei Charlottenburg verändert gründlich das Gesicht der Gegend zwischen den Bahnhöfen Heerstraße, Eichkamp und Bismarck. Der alte Einschnitt Avus-Heerstraße, der künstliche, 80 Meter hohe Berg, die Untertunnelung der Automobilernstraße und endlich eine Reihe neuer Eisenbahnbrücken drücken der ganzen Gegend, die früher reich an idyllischen Winkeln war, den Stempel des modernsten Verkehrs auf. Eine der stattlichsten neuen Brücken ist die oben abgebildete zweigleisige Brücke „17“ für den Güterverkehr Westend-Grünwald. Aus hochwertigem Stahl hergestellt, überquert sie mit 59 Meter Nutbreite und 9 Meter Breite den tiefen Einschnitt zwischen Avus und Heerstraße. Binnen

Monatsfrist soll die neue, 8 Meter hohe Brücke dem Verkehr übergeben werden. Die großen verkehrstechnischen Vorteile der übrigen Umbauten werden binnen kurzem auch der Spandauer Strecke zugute kommen, die fünfminütigenverkehr erhalten wird. Durch den Bau des „Umsteigebahnhofes Charlottenburg“ wird das Umsteigen zur Stadtbahn, zum Ring und nach Grünwald erleichtert und verkürzt. Die bisherige, ungleiche Streckenbelastung der Stadtbahn (100 000 Fahrgäste im Mai 1926 auf dem Abschnitt Stralau-Kummelsburg—Alexanderplatz gegen halb soviel auf dem Streckenabschnitt Charlottenburg—Zoologischer Garten) wird durch den regeren Vorortverkehr nach Spandau ausgeglichen und wirtschaftlicher gestaltet werden. Durch Loslösung der Fernzüge von Spandau nach Charlottenburg vom Vorortverkehr wird aber auch der Verkehr Fernbahnhof entlastet. Hamburger Schnellzüge wird man über die Stadtbahn fahren können, was bei allen Reisenden freudige Zustimmung finden wird. Zum Schluß wäre noch das große, in sich abgeschlossene Reserverelände zu erwähnen, das durch die Verlegung der Fern- und Vorortzüge gewonnen wurde.

den Unterarmen davongetragen habe, aus seiner qualvollen Lage und sorgten für seine Ueberführung in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Kedenbachstraße. Der Verunglückte, ein Angestellter Georg G. aus der Müllerstraße 151, gab bei seiner Vernehmung an, nicht zu wissen, wie er auf das Trittbrett gekommen ist. Wie er weiter auslegte, ist ihm eine Aktentasche abhanden gekommen, die für 500 Mark Wechsel emblet. Die Tasche ist aber weder im Abteil noch auf der Strecke, die von Beamten abgeprüft wurde, aufgefunden worden. Möglicherweise ist G. überfallen und betäubt worden, zumal ihm jedes Erinnerungsvermögen fehlt, aber auch ein Unfall scheint nicht ausgeschlossen.

# Ueberschwemmungskatastrophe in Polen.

## Ueber 100 Todesopfer.

Warschau, 1. September. (Eigenbericht.)

Digitalien und die niederen Karpathen sind von einer ungeheuren Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. Infolge langandauernden Regens und heftiger Wolkenbrüche sind die Wasser in den beiden Flüssen San und Dniestr ungeheuer gestiegen, zertrüben die Dämme und schwammen alle Brücken fort. Städte und Dörfer sind völlig unter Wasser gesetzt. Die Zahl der Menschenopfer steht noch nicht fest, dürfte jedenfalls aber 100 überschreiten. Der Materialschaden wird auf mehrere Millionen Zloty beziffert. Am meisten scheint von der Katastrophe die Gegend um Przemyśl betroffen zu sein. Die Kaphisa-Kaffinerie und die Bergwerke in Galizien sind von den Wassern bedroht. Der Eisenbahnverkehr ist völlig lahmgelegt worden. In dem Städtchen Cuty sind 600 Häuser von den Wassern zerstört worden. Nach Bekanntwerden der Katastrophe hat die Regierung eine halbe Million Zloty für Hilfeleistungen ausgelegt.

# Ein Glas Wasser gleich einer Flasche Wein.

Die Tagespreß in Holland beschäftigt sich in der letzten Zeit eingehend mit einer Frage, die auch in anderen Ländern immer wieder in der Öffentlichkeit behandelt wird, nämlich dem Trinkzwang in den Hotels oder der Gegenleistung für den Verzicht auf das Trinken in den Gasthäusern. Der Ausgangspunkt des Meinungs-austauschs in Holland sind Auseinandersetzungen in mehreren führenden Häusern mit den Gästen, denen für ein Glas Brunnenwasser ein Preis berechnet worden ist, der nicht im richtigen Verhältnis zu der Leistung an sich steht. Es sollen in einzelnen Fällen mehrere Gulden für ein Glas Wasser berechnet worden sein, und vor allen Dingen haben daran Amerikaner Anstoß genommen, die in ihrer Heimat des Trinkens entzöhnt sind. In der holländischen Preß wird nicht mit Unrecht darauf aufmerksam gemacht, daß solche Vorkommnisse nicht geeignet sind, die Meinung zu entkräften, Holland sei ein sehr teures Reiseland. Unter diesem Ruf hat das Hotelgewerbe bisher schon gelitten, und es ist zu befürchten, daß die letzten Vorkommnisse noch weiter ungünstig wirken werden. Als die geltende Meinung darf wohl angesehen werden, daß man es für zulässig hält, wenn bei Nachtarbeiten, bei denen keine Getränke genommen werden, ein Aufschlag erhoben wird, der dem Unternehmer eine Gegenleistung bietet für die verringerte Einnahme, die er gegenüber seiner Kalkulation hat. Wenn der Gast auf diese Gegenleistung vorher aufmerksam gemacht wird, so dürfte er vernünftigerweise keine Einwendungen erheben. Anders liegt der Fall jedoch, wenn für ein Glas Wasser ein Preis gezahlt werden soll, für den sich eine Flasche guten Weins erwerben läßt.

Wogenende mit den Naturfreunden. Eine Wogenendefahrt nach Niederfinow — Lieper Schleusen — Liepe — Kloster Chorin veranstaltet der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, am 3. und 4. September. Die Fahrt beginnt am Sonnabend, 17.35 Uhr, ab Steintiner Fernbahnhof nach Niederfinow. Von hier aus Wanderung über Lieper Schleusen (Besichtigung) nach Liepe. Nachtlager (Betten). Am Sonntag früh Wanderung über Forsthaus Liepe und durch das Naturschutzgebiet „Blagefenn“ nach Chorinchen (Rittagsrast). Danach Besichtigung der Klosterkirche Chorin und Wanderung nach Chorin. Von hier Rückfahrt 20.44 Uhr, Ankunft in Berlin 22.18 Uhr. Preis der Teilnehmerkarte 7 M. (Eisenbahnfahrt hin und zurück, Nachtquartier (Betten) mit erstem Frühstück und Morgentee, Besichtigungen). Mittagessen für 2 M. kann bestellt werden. Teilnehmerkarten sind zu haben bei Bruno Dammig, R. 65, Lüderstr. 58; Richard Walter, Reufölln, Sieghardstr. 55 (Laden); Hugo Sinn, R. 20, Steintiner Straße 30; Erich Thomas, R. 65, Lugenburger Str. 1 (Laden); „Vorwärts“-Spedition, Berlin-Treptow, Oranienstr. 50.

# Die Flieger unterwegs.

## Weltflieger in Konstantinopel. — Der englische Ozeanflug.

Konstantinopel, 1. September.

Die Flieger Brod und Schlee, die hier gestern um 1.44 Uhr vormittags mit ihrem Flugzeug „Etolz von Detroit“ eingetroffen sind, haben mitgeteilt, daß das Flugzeug von Belgrad nach Konstantinopel sechs Stunden gebraucht habe. Kein Zwischenfall habe sich auf dem Flug ereignet. Sie schätzen jedoch, daß sie durch Gegenwind 45 Minuten Verspätung erlitten haben. Nach Auffüllung der Benzintanks wollten die Flieger unverzüglich den Flug nach Bagdad fortsetzen. Sie wurden aber gezwungen, die Nacht in Konstantinopel zu verbringen, um den notwendigen Formalitäten nachzukommen, die ihnen gestatten, über türkisches Gebiet zu fliegen. Diese Verzögerung bedeutet für sie einen einseitigen Verlust in dem von ihnen aufgestellten Flugplan.

London, 1. September.

„Imperial Airways“ teilten der „Westminster Gazette“ gestern Abend mit, daß um 9.30 Uhr eine Mitteilung eingetroffen ist, wonach das britische Atlantikflugzeug weiterhin unterwegs ist. Der Standort des Flugzeuges wurde jedoch nicht mitgeteilt.

# Notlandung eines englischen Marineflugzeuges.

Königsberg, 1. September.

Zu der Notlandung eines der heute vormittag von Danzig nach Helsingfors abgegangenen drei englischen Marineflugzeuge berichten die Morgenblätter: Auf dem freien Ozean mußten am Mittwoch vormittag gegen 11.30 Uhr drei englische Marineflieger notlanden, konnten jedoch nach 20 Minuten ihren Flug fortsetzen. Gegen 4 Uhr nachmittags schickte man vor Neukuhren eines dieser Flugzeuge treibend auf der See. Das Flugzeug hatte wegen plötzlichen Aussetzens des Motors niedergehen müssen. Es wurde mit gebrochener Seitensteuer und beschädigtem Schwimmer in den Hafen von Neukuhren eingeschleppt. Ein Wiederanstieg erwies sich als unmöglich. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung, zwei englische Offiziere und vier Ingenieure, wurde — bis zum Eintreffen neuer Weisungen vom Landratsamt — unter Verpflegung gehalten. Die beiden anderen Flugzeuge hatten, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß für das havarierte Flugzeug keine Gefahr bestand, ihren Flug nach Helsingfors fortgesetzt.

# Riesige Poffsendungen an Lindbergh.

Lindberghs Sekretär veröffentlicht in der Zeitschrift „Popular Science“ eine Aufzählung der an Lindbergh ergangenen Angebote. Darunter befindet sich ein Angebot von einer Million Dollar für den Fall, daß Lindbergh eine Ausnahme seiner Heiratszeremonien gestatten wolle. Die Brautwahl, heißt es, würde Lindbergh nicht schwer fallen, da unter den 3 1/2 Millionen der an ihn ergangenen Briefe und 100 000 Telegramme mehrere tausend Heiratsangebote sich befanden. Sollte Lindbergh jedoch die Einsamkeit vorziehen, so stehen ihm drei hundert Einladungen, den Mond mit einem Raketenflugzeug zu erreichen, zur Verfügung. Die an Lindbergh gerichtete Post wird als die umfangreichste bezeichnet, die jemals eine einzelne Person in der Welt erhalten haben dürfte. Außer 5 000 Gedichten enthält sie 10 000 Dollar an beigesteuerten Rückpost, 14 000 Personen sandten Geschenkpakete. Unter den Briefschreibern überwiegen die Frauen und Mädchen. Lindbergh beantwortete einige tausend Briefe handschriftlich und ließ den Rest in den Papierkorb wandern.

# Vierfötter in Amerika siegreich.

New York, 1. September. (Tl.)

Im Marathon-Wettswimmen quer durch den Ontario-See ist Vierfötter in 11 Stunden 45 Minuten siegreich geblieben. Zweiter wurde der Franzose Georges Michel mit zwei Meilen Abstand, dritter der Kalifornier Arthur Compton mit zwei Meilen Abstand. Zwei Drittel aller Teilnehmer hatten aufgegeben. Eine große Menschenmenge bereitete dem Sieger am Ufer einen begeisterten Empfang.

Schwerer Unfall Feil von Opels. Der betannte Sportsmann Feil von Opel hat gestern mit seinem in Paris siegreichen Rennmotorboot auf dem Rhein bei Rüsselsheim einen schweren Unfall erlitten. Als er eine neue Steuerkonstruktion für die demnächst stattfindenden kalifornischen Rennen ausprobierte, überflieg sich das Boot im 70-Kilometer-Tempo und Feil von Opel kam unter das kieloben treibende Boot zu liegen. Hilfsboote konnten den bereits Bewußtlosen retten.

# Opfer der schwarzen Listen.

## Schutz vor Dauermaßregelungen.

Dem Unternehmer, der mit wenigen Arbeitskräften seinen Betrieb führt, wird man das Recht zugesprochen müssen, den einen oder anderen Arbeitssuchenden, der ihm aus irgendeinem Grunde nicht zusagt, abzulehnen. Dieses Recht verleiht sich in das bitterste Unrecht, sobald es sich um größere und Großbetriebe handelt oder gar um durch Arbeitgeberorganisation oder Kartell verbundene Betriebe, die schwarze Listen über mißliebige Arbeiter führen und diese Listen gegenseitig austauschen. Diese Feme, die einzelne Arbeiter der dauernden Arbeitslosigkeit, der Verzweiflung am Leben ausliefert, ist mit dem einfachsten Sozialbegriffen unvereinbar.

Die Gesetzgebung muß den Arbeiter und Angestellten vor der Verfehlung, der dauernden Boykottierung seiner Arbeitskraft unbedingt schützen. Der Schutz, den die Arbeitsgerichte den Arbeitern bieten, wird von den Industriegewaltigen mit einem Federstrich illusorisch gemacht.

Selbst wenn ein Arbeiter aus einem der Gründe des § 123 G.D. zu Recht entlassen wird, muß mit der Entlassung die Angelegenheit in arbeitsrechtlicher Beziehung erledigt sein. Das ist meist nicht mehr der Fall; der Mann kommt auf die schwarze Liste. Fast noch schlimmer ergeht es dem Arbeiter, der durch Klage gegen seine Entlassung den Beweis erbringt, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt ist. Gewiß, das Arbeitsgericht verurteilt in diesem Falle den Unternehmer zur Wiedereinstellung bzw. zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung. Die Firma zahlt — aber sie sorgt dafür, daß der Mann weder in ihrem noch in den verwandten Betrieben jemals wieder in Arbeit kommt. Weil sie zur Zahlung verurteilt wurde, weil der Arbeiter sich sein Recht erkämpft hat, erst recht!

Zur Illustration ein Einzelfall. Der Kellereiarbeiter S. war zuletzt vom 27. November 1924 bis zum 4. Dezember 1926 in der Brauerei-Aktiengesellschaft Schultheiß-Pagenhofer beschäftigt. An diesem Tage wurde er entlassen, weil ihn der Kellereimeister beschuldigte, eine Flasche Bier gestohlen zu haben, und außerdem, weil er den Kellereimeister in Abwehr dieser Beschuldigung beleidigt haben soll.

Der Entlassene klagte mit Erfolg. Die Firma wurde verurteilt. Sie erhob Feststellungsklage, die am 22. Dezember 1926 kostenpflichtig abgewiesen wurde. Die Firma legte beim Landgericht I Berufung ein. In der Begründung ihres Antrages auf Aufhebung des Urteils wurde ausgeführt:

„Der Klägerin kommt es selbstverständlich nicht auf die eine Flasche Bier an, die der Entlassene einem Mitarbeiter zugesteckt

haben soll. Sie sieht sich aber zu einem scharfen Vorgehen gegen die Kellereiarbeiter genötigt, um der um sich greifenden Diebstahlepidemie Einhalt zu tun. Obwohl die Kellereiarbeiter pro Tag drei 1/2-Liter-Flaschen als Hausstrunk ungenügend erhalten, und obwohl die Klägerin zu den schärfsten Maßnahmen gezwungen hat, hört die Entwendung von Flaschenbier nicht auf...“

Weiter: „Die Klägerin muß darauf achten, daß die Autorität des Kellereimeisters gegenüber den Kellereiarbeitern gewahrt wird.“ Diese Autorität soll der Entlassene untergraben haben, durch beleidigende Schimpfworte gegen den ihn des Diebstahls beschuldigenden Kellereimeister.

Das Landgericht verhandelte am 16. Juni 1927 eingehend und wies die Berufung der Firma gegen das Urteil des Gewerbegerichts zurück.

Damit sollte die Sache für die Firma erledigt sein. Das ist sie — aber auch der Arbeiter ist für sie „erledigt“, und eben darum handelt es sich. Der Mann bekommt keine Arbeit mehr.

Die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei mußte sich nach den ganzen Verhandlungen und dem Urteil des Landgerichts sagen: In diesem Falle war der Verdacht des Diebstahls der Flasche Bier ungerechtfertigt. Der Mann, der ein halbes Jahr lang auf die Erledigung des Prozesses warten mußte, wird sich nach dieser Erfahrung besonders hüten, sich je an einer Flasche Bier zu vergreifen. Die Firma hat so viele Beschäftigungsmöglichkeiten, daß sie den Mann auf einen anderen ähnlichen Arbeitsplatz stellen könnte. Wir wünschen, daß es noch jetzt geschieht und S. nicht länger mehr arbeitslos bleibt.

Kann man auch in diesem Falle erwarten, daß die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei den Mann wieder einstellt, so ist diese Erwartung bei Scharfmacherfirmen von vornherein gegenstandslos. Deshalb aber ist ein gesetzlicher Schutz erforderlich, der es verhindert, daß ein Arbeiter, selbst dann, wenn er einmal eine Dummheit gemacht hat, lebenslanglich dafür gemahregelt wird. Die schwarzen Listen müssen verschwinden!

Die Gewerkschaften sollten allen derartigen „Einzelfällen“ nachgehen und in ihren Jahresberichten eine Uebersicht darüber geben, wie viele ihrer Mitglieder gemahregelt wurden, wie lange sie arbeitslos waren, ob sie in einem gleichartigen Betriebe wieder Arbeit fanden oder aber sich umstellen mußten. Das Ergebnis wird die öffentliche Meinung gegen die Dauermaßregelungen in Aufruhr bringen.

## Ein Begrüßungsschreiben aus Moskau.

### Wegen den englischen Gewerkschaftskongress.

In den nächsten Tagen wird der englische Gewerkschaftskongress eröffnet. Die englischen „Einheits“freunde Moskauer Prägung sind eifrig am Werke, sich bei dieser Gelegenheit bemerkbar zu machen. Einen Einfluß auf den Kongress selbst auszuüben, ist ihnen nicht beschieden. So suchen sie durch eine „Konferenz der nationalen Minderheitsbewegung“, die am 27. August in London eröffnet wurde, sich selbst und der Außenwelt zu imponieren.

Das Exekutivbureau der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ hat an die Konferenz ein „Begrüßungsschreiben“ geschickt, das die Ziele dieser von Moskau aus ausgehenden „Bewegung“ mit einer lobenswerten Offenheit aufdeckt:

„Vor der Arbeiterklasse Englands stehen Aufgaben von größter Bedeutung, und zwar: Kampf gegen die reaktionäre innere und äußere Politik der Konservativen; Kampf gegen die Offensive der englischen Bourgeoisie gegen die elementaren Eroberungen der Arbeiterklasse; Kampf gegen die Leutnants des Kapitals in den Reihen der Arbeiterschaft, d. h. gegen die Herren, die

### Hinter einer linken Maske

oder ohne Maske die Arbeiterklasse dazu führen, sich der Bourgeoisie völlig zu unterwerfen; Kampf gegen die vom Imperialismus korumptierten Politiker aus der Arbeiterpartei und dem Generatrat, die tatsächlich den Banditenmus der englischen Bourgeoisie in China und die Vorbereitung eines Feldzuges gegen die Sowjetunion unterstützen; Kampf gegen die prinzipienlose Bande von Abenteurern und Betrüggern, die an der Spitze der Amsterdamer Internationale stehen, der Internationale, die nichts anderes ist als eine Abteilung des Völkerverbundes; Kampf um den Weltkongress der Einheit und um die Schaffung

### gegen die Amsterdamer Internationale

einer einheitlichen und nicht intrigierenden Klasseninternationale, die die Gewerkschaften aller Länder, aller Rassen und aller Kontinente umfassen wird.

Das Zentralproblem für die Arbeiterbewegung Englands und somit für die Minderheitsbewegung bildet der erbitterte Kampf gegen den konterrevolutionären imperialistischen Bloß MacDonald-Hicks-Baldwin um die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse Großbritanniens.

Die Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Aufgaben ist die Säuberung der Gewerkschaften Großbritanniens von den Spionen der Bourgeoisie, Renegaten und Leutnants des Kapitals in den Reihen der Arbeiterschaft, wie Thomas, Pugh, Clines und die ihnen nachhinkenden Purcell, Hicks und andere Helden linker Phrasen und rechter Taten...“

Das Begrüßungsschreiben ruft: „Vorwärts, immer vorwärts zur

### Eroberung der Gewerkschaften

und zu deren Säuberung von den Schmarozern“ und schließt mit einem Hoch auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, auf die Rote Gewerkschaftsinternationale und deren Kampfesektion — die nationale Minderheitsbewegung Englands.“

Dieses in der „Pravda“ vom 28. August veröffentlichte „Begrüßungsschreiben“ wird sicherlich seinen Eindruck in England nicht verfehlen. Dessen Wirkung wird aber weniger verheerend sein für die englischen Trade-Unions und deren Generatrat als für die hier ungemüht mit einer auffallenden Brutalität „entlarvte“ „Minderheitsbewegung“.

### Zum Gewerkschaftskonflikt in Queensland.

London, 1. September. (U.)

Wie aus Brisbane berichtet wird, ist der Stand des Konfliktes in Queensland mit den dortigen Arbeiter- und Eisenbahnergewerkschaften unverändert. Der Sekretär der australischen Arbeitergewerkschaften erklärt, daß die Exekutive hinter den entlassenen Eisenbahnern in Queensland stehe. Gleichzeitig wird in einer Entschliebung betont, daß die Gewerkschaften in Queensland den Kampf mit der dortigen Regierung allein ausfechten müssen, und daß die übrigen australischen Vereinigungen ihnen zwar alle mögliche Unterstützung geben wollen, sich aber nicht direkt in den Konflikt einzumischen beabsichtigen.

### Industrielle Krise in Brisbane.

Brisbane, 1. September. (M.F.)

Infolge des Konfliktes zwischen der Arbeiterregierung und dem Eisenbahnerverband droht hier eine schwere industrielle Krise. Es wird versucht, den ganzen Personen- und Warenverkehr zum Stillstand zu bringen.

**Gewerkschaftlicher Rundfunkvortrag.** Heute abend, 7.05 Uhr, spricht der Genosse Max Weiland von der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten durch den Berliner Rundfunk über das Thema: „Arbeitsnachweise — Arbeitslosigkeit“.

**Jugendgruppe des JdV.** Deutscher Donnerstag, 19. Uhr, im Vestel Schöneberg, Jugendheim, Hauptstr. 15 (Türöffnungszimmer, Hofgebäude, 1 Treppen). Preis 10 Pf. Vortrag.

**Ab 19 Uhr** Spielen auf der Spielfläche im Schillerpark, Kassenplatz, Volkshaus, Badstr.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: G. Altinghoffer; Gewerkschaftsbewegung: Fritz, Kalmar; Revolution: R. D. Richter; Soziales und Sozialismus: Fritz Kahlert; Angelegenheiten: E. Bader; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2.

## Streik der Braunkohlenarbeiter.

### Im Kasseler Revier.

Wiederholt haben wir auf die unhaltbaren Zustände im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hingewiesen, die nach Abhilfe schreien und zu Verzweiflungsausbrüchen führen müssen, wenn keine Abhilfe erfolgt.

Die Erregung macht sich allgemein zunächst noch in geharnischten Entschliebungen bemerkbar, in denen gegen das rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber scharfer Protest erhoben wird. In den Entschliebungen wird ebenfalls scharf das Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums verurteilt, weil es den Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung von 3 Proz. vorsah, nicht für verbindlich erklärt hat.

In dem Randrevier Kassel werden die schlechtesten Löhne gezahlt. Aus diesem Revier ist der Bezirksleitung ein besonders scharfer Protest zugeleitet worden. Es ist festgestellt, daß eine sechs- bis achtköpfige Familie mit 22, 20 und 18 Mark wöchentlich auskommen muß.

Die Besessenen fordern, daß eine sofortige Lohnerhöhung herbeigeführt wird, die den heutigen Lebenshaltungskosten angepaßt ist.

Auch die übrigen Besessenen fordern die Betriebsvertretungen auf, Lohnforderungen bei den Werkverwaltungen zu stellen. Da die Werkverwaltungen auch den Betriebsvertretungen gegenüber jegliche Lohnerhöhung strikte ablehnen, ist die Arbeiterschaft sehr erbittert. Im Kasseler Revier ist die Besessenschaft der Braunkohlenwerke Holzhausen gestern in den Streik getreten.

Es ist zu wünschen, daß die verantwortlichen Stellen früh genug einsehen, bevor diese Bewegung weiter um sich greift.

Die Verbände aller im Bergbau betätigten Organisationen haben infolge dieser Stimmungen der Braunkohlenarbeiter für den 4. September Konferenzen einberufen, in denen zu der Lohnfrage und der Behandlung der Arbeiter Stellung genommen wird. Die Braunkohlenarbeiter tun gut, die Stellungnahme dieser Konferenzen abzuwarten.

## Zur Tarifkündigung in der Textilindustrie.

Die kurze Meldung, daß die Textilarbeiter die Tarifverträge für Sachsen gekündigt haben, ist in der Sensationspresse bereits zu einem „Riesenlohnkampf“ geworden. Die Textilarbeiter, die von der Hochkonjunktur in der Textilindustrie profitieren wollen, haben ihre Forderungen danach eingekürzt, aber die Arbeitgeber scheinen nicht geneigt zu sein, den Forderungen soweit entgegenzukommen.“

Hierzu sei bemerkt: Die Tarifkündigung ist erfolgt, um die vertragliche Kündigungsfrist einzuhalten. Die Forderungen aber werden erst in den nächsten Tagen formuliert. Sie werden dann den Fabrikanten unterbreitet, und nach Vereinbarung des Termins wird gemeinsam darüber verhandelt werden. Erst dann wird sich zeigen, ob die Unternehmer geneigt sind, darauf einzugehen oder nicht.

Die „Fügigkeit“ der Berichterstattung darf der Richtigkeit nicht gar so weit voraussehen.

## Um die Löhne in den Reichsverwaltungen.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns mitgeteilt, daß er im Auftrage aller am Tarifvertrag für die in den Reichsverwaltungen beschäftigten Arbeitnehmer beim Reichsfinanzministerium Verhandlungen beantragt hat, um über das tarifliche Lohnabkommen hinaus eine Aenderung der ab 1. Oktober gültigen Löhne herbeizuführen. Außerdem sind die Löhne in einer Reihe von Orten, für die sich eine besondere Nachprüfung der Löhne notwendig macht, ordnungsmäßig zum 30. September gekündigt.

## Die künftige Bearbeitung der Tarifstatistik.

Durch Verordnung vom 21. August 1927 ist die Bearbeitung der Angelegenheiten der Tarifstatistik einschließlich der Führung des Tarifarchivs, der Statistik der Streiks und Aussperrungen, der Statistik der Verbände von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Beamten der Arbeitsgemeinschaften, sowie die Führung des Verbandsarchivs vom 25. August 1927 von der Reichsarbeitsverwaltung auf das Statistische Reichsamt übergegangen. Im Statistischen Reichsamt wird eine besondere Abteilung für Sozialstatistik eingerichtet, über deren weitere Ausgestaltung der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister noch gemeinschaftliche Bestimmungen erlassen werden.

**FASAN** eröffnet eine neue Verkaufsstelle  
**Kottbuser Damm 76**

Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie!

EINHEITSPREISE:

Marke Fasan . . . M. 12.50

Marke Silberfasan . M. 16.50

Marke Goldfasan . M. 19.50



VERKAUFSTELLEN:

Berlin O, Warschauer Straße 31 (Ecke Revaler Straße)

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20

Berlin S, Kottbuser Damm 76

**D. B. L.**  
**Der bunte Laden**

Wolle, Strümpfe Spezialgeschäft Trikotagen  
SO., Oranienstr. 202, N., Chausseestr. 50, W., Motzstr. 20, O., Königsberger Str. 11  
Charlottenburg: Scharenstr. 38, Friedemann: Hauptstr. 74.

# Beleuchtungskörper

für Wohnungen in allen Stilarten

Spezialbeleuchtungen

für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten

Teilzahlungen können auf Wunsch vereinbart werden

# Beleuchtungskörper

G. m. b. H.

Berlin NW 6

Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

**Porzellan**  
Geschirr

auch gegen  
**12**  
Monats-Raten  
**Raddatz & Co.**

**Bettfedern**  
amerikanisch billig und reell.  
100 Stück 60 Pf. reell. 100 Pf.  
Kopf 1 75 Halbduane 2 75 4.  
weil vollhaunige 3. Duane 4. 7. weil 9-10.  
Schlehdauere 3.50-5. Oberbett la dantes  
Inlett 6 Pf. Idm 12. 18. Rissen 3 Pf. 3.50.  
50 an in gegen Rohm Müller. Preis frei  
lein Wille. Nichtpassend zurück. Böhm.  
Bettfeder Spezialhaus Sachsel & Stadler,  
Berlin C 12, Landwehrer Str. 43.  
Gutenliche Kompremissionen - ralle  
**Besonders** werden hier die KLEINEN ANZEIGEN  
in „Vorwärts“ und anderen sehr billig!